

Antisemitische und nicht-antisemitische Israel-Kritik

Eine Auseinandersetzung mit den Kriterien zur Unterscheidung

1. Einleitung und Fragestellung

Seit einigen Jahren gibt es eine deutsche und internationale Diskussion über die Existenz und den Stellenwert eines „Neuen Antisemitismus“.¹ Er unterscheidet sich von älteren Formen dadurch, so die in diesem Zusammenhang vertretene Auffassung, dass die Judenfeindschaft auf die Rolle des Staates Israel im Nahost-Konflikt bezogen sei. Kritiker des Begriffs „Neuer Antisemitismus“ sehen darin ein Instrument, das die israelische Politik gegen Kritik immunisieren solle.² Allzu sehr zeigt sich die Debatte durch Aufgeregtheit und Pauschalisierungen und weniger durch Differenzierungsvermögen und Hintergrundanalysen geprägt. Dies gilt für beide Seiten, die durchaus berechtigt Belege für ihre Auffassungen vorbringen können, aber zu deren nicht begründeten Verallgemeinerung neigen. So lässt sich an zahlreichen Beispielen belegen, dass hinter Israel-Kritik eigentlich antisemitische Motive stecken. Es gibt aber auch eine von antisemitischen Motiven freie Israel-Kritik, die nicht als Judenfeindschaft angesehen werden kann. Daher stellt sich die Frage, welche Kriterien beide Auffassungen voneinander unterscheidbar machen. In der Regel kümmerten sich die Protagonisten der bisherigen Debatte nicht weiter um die Entwicklung solcher trennscharfen Merkmale, gleichwohl benannten einige wenige Autoren derartige Gesichtspunkte zur Differenzierung.³ Sie sollen hier systematisch zusammengefasst und kritisch geprüft werden. Bei Letzterem geht es darum, eine antisemitische Grundauf-

fassung als Ausgangspunkt für die vorgelegene Israel-Kritik auszumachen. Dies setzt eine Definition des Gemeintenen voraus: „Antisemitismus soll hier verstanden werden als Sammelbezeichnung für alle Einstellungen und Verhaltensweisen, die den als Juden geltenden Einzelpersonen oder Gruppen aufgrund dieser Zugehörigkeit in diffamierender und diskriminierender Weise negative Eigenschaften unterstellen, um damit eine Abwertung, Benachteiligung, Verfolgung oder gar Vernichtung ideologisch zu rechtfertigen. Derartige Praktiken können aus unterschiedlichen inhaltlichen Begründungen abgeleitet werden. Ihnen allen ist das pauschalisierende und stereotype Negativ-Bild von ‚dem Juden‘ oder ‚der Juden‘ eigen und handlungsleitend.“⁴

Demgegenüber steht der Terminus „Israel-Kritik“ als Sammelbezeichnung für Einwände, die sich gegen die von Regierung und Staat praktizierte Politik wenden. Hierzu gehören unterschiedliche Grade der Kritik: Sie können von einer Ablehnung bestimmter einzelner Handlungsweisen bis zur Delegitimation in einem fundamentalen Sinne reichen. Insofern besteht kein Gegensatz von Antisemitismus und Israel-Kritik, liegen beide Begriffe doch auf unterschiedlichen Ebenen. Vielmehr muss zwischen einer antisemitischen und einer nicht-antisemitischen Israel-Kritik unterschieden werden. Beide Varianten können sich in identischer Weise artikulieren, wenn bestimmte Maßnahmen der israelischen Regierung Verurteilungen auslösen. Insofern wären sie auf ihre eigentlichen Grund-

lagen und Motive zurückzuführen: So kann etwa die Kritik am Vorgehen gegen die Palästinenser aus einer die Juden pauschal ablehnenden antisemitischen Einstellung ebenso wie aus einer die Menschenrechte verteidigenden nicht-antisemitischen Position heraus erfolgen. Beide Grundauffassungen müssten bei einer Zuordnung klar belegt werden.

Hierbei gilt es noch zwei Gesichtspunkte zu berücksichtigen: Auch eine einseitige und übertriebene Israel-Kritik, die etwa das Handeln der palästinensischen Seite oder die Sicherheitsinteressen des Staates ignoriert, muss nicht notwendigerweise antisemitisch motiviert sein. Nur wenn die angesprochene allgemeine Diffamierung von Juden deren Grundlage bildet, könnte im Sinne des oben vorgenommenen Begriffsverständnisses von Antisemitismus die Rede sein. Darüber hinaus gilt es zu berücksichtigen, dass Antisemiten jede – also auch eine nicht-antisemitisch motivierte – Kritik an einem Juden oder Israel als Bestätigung ihrer Auffassung ansehen werden. Mitunter nutzen sie auch gerade solche Aussagen und deren Vertreter als Belege zur Bestätigung ihrer Positionen in Propaganda und Selbstverständnis. Eine solche Instrumentalisierung lässt sich kaum verhindern, allenfalls mit dem Verzicht auf jegliche Kritik an Israel. Gleichwohl sollte das Wissen um eine solche Rezeption die nicht-antisemitischen Formen der Einwände gegen die israelische Politik hinsichtlich der vorgetragenen Artikulation und praktizierten Kontakte sensibilisieren.

2. Aufgreifen traditioneller antisemitischer Stereotype in neuer Form

Als ein erstes Kriterium zur Unterscheidung von antisemitischer und nicht-anti-

semitischer Israel-Kritik soll hier das in der bisherigen Diskussion erwähnte Aufgreifen traditioneller antisemitischer Stereotype und Übertragen auf die gegenwärtige Situation erörtert werden. Zunächst aber einige Merkmalsbeschreibungen: „Dazu werden die bekannten Stereotype benutzt – alttestamentarische Rache, Unversöhnlichkeit, Arroganz der Auserwählten usw.“ (Benz). „... die Übertragung antisemitischer Stereotype auf den israelischen Staat. Israel wird so zum ‚kollektiven Juden‘ ... gemacht. Eigenschaften, die normalerweise der Abwertung von Juden dienen, werden auf Israel projiziert ...“ (Heyder u.a.). „Die Verwendung klassischer antisemitischer Darstellungen und Schablonen wie Gottes- oder Ritualmord, prononciert jüdischer Charakteristika wie Hakennase, gekrümmter Rücken, Davidstern u.a.“ (Markovits). „Antisemitismus liegt dann vor, wenn traditionelle antisemitische Stereotypen und Vorurteile zum Tragen kommen, wie z.B. Weltherrschafts- und Weltverschwörungstheorien im Sinne der (gefälschten) ‚Protokolle der Weisen von Zion‘ (Neugebauer).⁵

Die vorgenannten Kriterien könnten bei oberflächlicher Betrachtung als Zirkelschlüsse nach dem Motto: „Antisemitismus liegt vor wenn Antisemitismus vorliegt“ gedeutet werden. Dies ist allerdings nicht der Fall, geht es doch um die Einschätzung von aktueller Kritik an der Politik des Staates Israel vor dem Hintergrund ihrer inhaltlichen Motive: Jede politische Bewertung eines Sachverhalts lässt sich auf grundlegende Einstellungen der jeweiligen Gruppe oder Person zurückführen. Insbesondere bei kritischen Aussagen kann es ganz unterschiedliche Motive geben, wodurch ansonsten gegensätzliche und unterschiedliche Beteiligte in einem

Diskurs in eben dieser Frage eine gleichlautende Position vertreten. Daraus lässt sich allerdings nicht eine Gleichsetzung beider oder mehrerer Einstellungen in einem positiven Sinne bezogen auf inhaltliche Gemeinsamkeiten ableiten. Es kommt in solchen Fällen jeweils auf die argumentative Grundlage für die konkrete Meinungsäußerung an. Insofern bedarf es bei der hier zu erörternden Problematik einer analytischen Benennung der eigentlichen inhaltlichen Motive der Israelkritik.

Lassen sich dabei in Form und Inhalt traditionelle jüdenfeindliche Stereotype ausmachen dann kann auch von einer antisemitischen Grundlage der aktuellen Kritik an der Politik des Staates Israel gesprochen werden. Als Beispiel für die inhaltliche Komponente anzusehen ist etwa die Rede vom durch die jüdische Religion bedingten alttestamentarischen Rachgeist als Ursache für das Vorgehen gegen die Palästinenser. Zu derartiger Agitation zählt auch die Bewertung von Kampfhandlungen in den besetzten Gebieten als Wiederholung des angeblichen Jesu-Mordes, womit sich eine Anspielung auf die „Gottesmörder“-Vorwürfe verbindet, oder die Bezeichnung von Sharon als „Bluttrinker“ oder „Kinderfresser“, womit an die „Ritualmord“-Propaganda angeknüpft wird. Weitaus häufiger kommen allerdings Aussagen vor, welche von einer geheimnisvollen Macht im Hintergrund in Gestalt der „Israel-Lobby“ sprechen. Damit verbindet sich in der dramatisierenden Darstellung eben keine sachliche Anspielung auf das Bestehen von pro-israelischen Interessenorganisationen, sondern der Rekurs auf das traditionelle Bild von der „jüdischen Weltverschwörung“ hinter den Kulissen.⁶

Neben diesen inhaltlichen Rückgriffen auf traditionelle Vorurteile gegen Juden kann auch die formale Darstellung des Staates Israel zumindest als Anhaltspunkt für eine antisemitische Motivation von Kritik angesehen werden. Gemeint ist damit zum einen eine über jede sachliche Betrachtung hinausgehende Dämonisierung des Staates⁷ als allein verantwortlicher Schuldiger an der konfliktreichen Lage im Nahen Osten und der Situation der Palästinenser. Als hinsichtlich der formalen Aspekte allerdings noch weitaus bedeutsamer kann die Herausbildung eines Stereotyps gelten werden, womit alle Juden nicht nur in Israel, sondern auch in anderen Ländern mit Israel gleichgesetzt werden. Eine solche Auffassung muss sich nicht nur in Einstellungen, sie kann sich auch in Taten manifestieren: Gewalttätige Übergriffe auf jüdische Einrichtungen und Synagogen in Europa, die mit der Absicht eines Protestes gegen die Politik des Staates Israel begründet werden⁸, konstruieren zumindest objektiv in der Argumentationslogik die Figur des „Weltjuden“, der für alle angeblichen oder tatsächlichen Untaten der israelischen Politik mitverantwortlich gemacht wird.

3. Delegitimation des Existenz- und Selbstverteidigungsrechts von Israel

Als zweites Kriterium findet sich in der bisherigen Debatte der Hinweis auf die Delegitimation des Existenz- und Selbstverteidigungsrechtes des Staates Israel. Hierzu ebenfalls einige Formulierungen: „Ebenso dort, wo das Existenzrecht des Staates *delegitimiert* wird, Kritik also fordert, dass es diesen Staat eigentlich gar nicht geben sollte (etwa in der Rede vom ‚zionistischen Gebilde‘ Israel im Gegensatz zum angeblich natürlichen Recht der

Palästinenser auf einen Staat in Palästina)“ (Gessler). „... die Aberkennung des Existenzrechtes Israels und des Rechtes auf Selbstverteidigung“ (Heyder u.a.). „Antisemitismus liegt auch vor, wenn Stellungnahmen, in denen Israel das Existenzrecht ... abgesprochen wird bzw. der ‚Zionismus‘, also die Idee und Bewegung, einen nationalen Staat der Juden in Palästina zu errichten, verteufelt werden. Wer auf Veranstaltungen, Kundgebungen und Demonstrationen mit Kräften kooperiert, die einen ‚arabischen Staat Palästina‘ vom ‚Fluss bis zum Meer‘ fordern, und sich von solchen extremistischen Losungen nicht distanziert, muss den Antisemitismusvorwurf in Kauf nehmen“ (Neugebauer).⁹

Diese Auffassungen spielen auf den „Antizionismus“¹⁰ an. Dessen konkretes Verständnis setzt zunächst die Definition des Abgelehnten voraus: Unter Zionismus lässt sich allgemein eine im 19. Jahrhundert aufgekommene Bewegung im Judentum verstehen, welche die Gründung eines eigenen Staates anstrebte. Dabei handelte es sich um keine homogene Strömung, bestanden doch sowohl in der inhaltlichen Begründung wie konkreten Zielsetzung Unterschiede. Bis zu Beginn der 1930er Jahre stellten die Anhänger des Zionismus eine Minderheit innerhalb des deutschen und europäischen Judentums dar, lehnte doch die Mehrheit die Gründung eines eigenen „Judenstaates“ (Theodor Herzl) ab. Insofern lässt sich der Antizionismus im Sinne eines allgemeinen und überhistorischen Typusbegriffs auch nicht mit dem Antisemitismus gleichsetzen. Erst nach dem nationalsozialistischen Judenmord im Zweiten Weltkrieg wandelte sich das Meinungsbild, und es entstand eine größere Akzeptanz für die Auffassungen

des Zionismus. Mit der 1948 erfolgten Gründung des Staates Israel war das Ziel der jüdischen Nationalbewegung erreicht.¹¹

Danach kann sinnvoll vom „Zionismus“ nur noch als theoretischem Ausdruck der Legitimation und des Selbstverständnisses des neuen Staates gesprochen werden. Antizionismus meint demnach die „grundsätzliche Leugnung des Rechts von Juden auf nationale Selbstbestimmung in Israel/Palästina“¹². Diese Auffassung muss nicht zwingend mit einer antisemitischen Auffassung im oben definierten Sinne einher gehen, gibt es doch etwa auch eine Delegitimation Israels als säkular begründetem Staat in bestimmten Teilen des orthodoxen Judentums. Darüber hinaus lässt sich zumindest für die theoretische Ebene ein antisemitischer Antizionismus ebenso ausmachen wie ein nicht-antisemitischer Antizionismus. Die erstgenannte Variante findet man im Islamismus und Rechtsextremismus, die zweite Variante bei der Mehrheit der Linksextremisten. Letztere vertreten zwar bei der Kommentierung des Nahost-Konfliktes meist eine einseitig anti-israelische Position, sie geht aber mit einigen Ausnahmen in den ideologischen Grundlagen nicht mit einer beabsichtigten Diskriminierung aller Juden einher.¹³

Bewusst oder unbewusst läuft der Antizionismus aber auf die Aufhebung einer gesicherten Zufluchtsstätte für die Juden und eine damit verbundene Verfolgung hinaus. So unterschiedlich die ideengeschichtlichen Grundlagen von Antisemitismus und Antizionismus sein mögen, so deckungsgleich wären in der gegenwärtigen Situation die daraus ableitbaren Konsequenzen für die in Israel lebenden Juden. Daher kann zwar nicht von einer pau-

schalen Gleichsetzung von beiden Einstellungen gesprochen werden¹⁴, gleichwohl bestehen hohe Anteile von Schnittmengen.¹⁵ Sie erlauben es auch in der zu erörternden Frage ein klares Kriterium zur Unterscheidung von antisemitischer und nicht-antisemitischer Israelkritik zu formulieren: Hierbei bedarf es einer Untersuchung entsprechender Auffassungen und Einwände hinsichtlich ihrer Grundauffassungen zur Frage des Existenzrechtes des Staates Israel¹⁶. Eine dieses verneinende Einstellung mit nicht-antisemitischem Anspruch müsste nachvollziehbar erläutern können, warum dessen Delegation nicht mit der Benachteiligung aller dort bislang lebenden Juden verbunden wäre.

4. Doppelstandards und Einseitigkeit der Kritik an Israel

Als drittes Kriterium zur Unterscheidung von antisemitischer und nicht-antisemitischer Israel-Kritik nimmt man in der Literatur Bezug auf die Doppelstandards und Einseitigkeit in der Kritik an Israel. Auch hier einige Merkmalsbeschreibungen: „Und schließlich dort, wo andere moralisch-politische Maßstäbe an Israel als an den Rest der Welt angelegt werden, also *doppelte Standards* gelten (beispielsweise: Gerade der Staat der Opfer des Holocaust dürfe nicht selbst zum ‚Täter‘ werden und deshalb nicht polizeilich und militärisch gegen Terror vorgehen)“ (Gessler). „Die Disproportionalität in der Quantität und Qualität der Kritik und Beschuldigung Israels im Vergleich zu anderen Ländern – das ‚singling out‘-Phänomen und die ‚double standards‘“ (Markovits). „Antisemitismus liegt des Weiteren vor, wenn ständig einseitige Kritik an Israel, an Handlungen, Vorfällen und Zuständen geübt wird und gleichzeitig zu weitaus ärge-

ren Verhältnissen in arabischen und islamischen Staaten geschwiegen wird, die sogar im Falle von Diktaturen oder Terrorförderern wie Irak, Libyen und Iran hofiert und international salonfähig gemacht werden“ (Neugebauer).¹⁷

Die erwähnten Doppelstandards und Einseitigkeiten bei der Israelkritik machen selbst bei nachvollziehbaren Einwänden eine besonders ablehnende und distanzierete Einstellung des Betrachters deutlich. Man legt bei der Bewertung der Politik Israels einen anderen Maßstab als bei der Einschätzung anderer Akteure oder Staaten der Region an. Diese Besonderheit kann, muss aber nicht antisemitisch motiviert sein.¹⁸ Denkbar sind durchaus noch andere Positionen, die zwar nicht unbedingt gut begründet oder realistisch geprägt sein mögen, aber eben auch nicht von ressentimentgeladenen und stereotypen Auffassungen durchdrungen sein müssen. Ein solches Motiv könnte darin bestehen, dass man in Israel bei allen Mängeln den einzigen demokratischen Verfassungsstaat im Nahen Osten sieht und demgemäß den Staat dem eigenen politischen Kulturkreis zurechnet. Da das damit verbundene Selbstverständnis ganz zentral von der Akzeptanz der Menschenrechte geprägt ist, kann in einer solchen Perspektive gegenüber Israel ein höherer Maßstab hinsichtlich deren Einhaltung als gegenüber einem diktatorischen Regime der Region angelegt werden.

Ein weiteres nicht-antisemitisches Motiv für die Doppelstandards und Einseitigkeiten der Israelkritik könnte in der Argumentation bestehen, wonach von einem einmal ein Opfer gewordenen Volk keine Diskriminierungen und Vertreibungen erwartbar wären. Eine solche Deutung ist zum einen strukturell geprägt von einem be-

denklichen Kollektivismus, der in diesem Fall eine Religionsgruppe als homogene und überzeitliche Einheit ansieht. Darüber hinaus verkennt eine solche Interpretation zum anderen, dass man mit der erwähnten Erfahrung gerade um der Vermeidung einer weiteren Opferrolle willen bereits den Anfängen einer Bedrohung ganz entschieden begegnen möchte. So naiv und weltfremd eine solche Auffassung sein mag, sie wäre allein in dieser Form auch als Motiv für eine Israelkritik nicht antisemitisch geprägt. Anders sieht es aus bei einer beabsichtigten Verkehrung der Umkehr von Täter-Opfer-Bildern¹⁹ um die Juden bzw. Israelis grundsätzlich als Täter erscheinen zu lassen und damit rückwirkend Verfolgungen der Vergangenheit zu legitimieren.

Und schließlich könnte als ein weiteres Motiv hinter einer einseitigen Israelkritik die Solidarität mit den Arabern angesichts eines antiimperialistischen bzw. antikolonialistischen Selbstverständnisses stehen. In dieser Perspektive gilt Israel als eine Art „Vorposten“ der kapitalistischen und westlichen Welt, die sich an der Ausbeutung und Unterdrückung der dortigen Bevölkerung bereichere. Zwar kritisiert man dabei den Staat im Namen von Freiheit und Menschenrechten, ignoriert aber gleichzeitig deren weitaus geringere Akzeptanz in den arabischen Gesellschaften und Staaten. Dies macht die Unglaubwürdigkeit der Akteure hinsichtlich der Verinnerlichung der von ihnen selbst vertretenen Grundwerte deutlich. Gleichwohl muss es sich dabei nicht um eine antisemitisch motivierte Position handeln. Mitunter nehmen die aus dem erwähnten politischen Umfeld stammenden Auffassungen und Forderungen aber einen derart überspannten Ausdruck an²⁰, dass eine

latent antisemitische Auffassung nicht ausgeschlossen werden kann. Entscheidend für die hier zu erörternde Thematik ist allerdings nicht die Einseitigkeit, sondern deren konkrete Motivation.

5. Gleichsetzungen mit dem Nationalsozialismus und der Vernichtungspolitik

Und schließlich findet sich als viertes Merkmal in der Literatur der Verweis auf die Gleichsetzungen und Vergleiche mit dem Nationalsozialismus und der Vernichtungspolitik. Hierzu ebenfalls einige Formulierungen: „... historische Vergleiche der israelischen Palästinenserpolitik mit der Judenverfolgung im Dritten Reich ...“ (Heyden u.a.). „Die dauernden Vergleiche und Gleichsetzungen mit Nazismus und den Verbrechen des Holocaust, der Ermordung von sechs Millionen Juden (wie die einhergehende Dämonisierung israelischer Handlungen) ... Mit der Nazifizierung schlägt man gleich drei Fliegen mit einer Klappe: Zuerst delegitimiert man Israel mit *dem* Symbol des Bösen schlechthin. Sodann demütigt und attackiert man das jüdische Volk, indem man es mit den Tätern jenes brutalen Völkermords gleichsetzt, dem es fast gelungen wäre, die Juden gänzlich auszurotten. Schließlich befreit diese böswillige Analogie zwischen Israelis und Nazis die Europäer von jeder Reue und Scham für ihre Geschichte des Jahrhunderte währenden mörderischen Antisemitismus“ (Markovits).²¹

Bei der Einschätzung von Vergleichen im oben erwähnten Sinne muss zunächst konstatiert werden, dass es hier entgegen des eigentlichen Begriffsverständnisses nicht um eine offene Frage nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden, sondern tatsächlich um eine Gleichsetzung entweder

allgemeiner oder partieller Art geht. Der damit verbundenen Identifikation von Israel und Nationalsozialismus ist ganz im Sinne der zitierten Einschätzung ein besonderer inhaltlicher Zynismus eigen, werden doch die Opfer eines Genozids pauschal mit dem Täter dieses Völkermordes gleichgesetzt. Daneben stellen eine solche Auffassung wie nahezu alle anderen „NS-Vergleiche“ aufgrund der Ignoranz gegenüber der historischen Einzigartigkeit des Holocaust objektiv eine Dämonisierung des Gleichgesetzten und eine Relativierung des Hitler-Regimes dar. Dies muss allerdings nicht im subjektiven Selbstverständnis des jeweiligen Protagonisten derartiger Identifikation der Fall sein, ist doch weder eine allgemeine Gleichsetzung notwendigerweise mit einer Aufwertung des Nationalsozialismus noch eine Gleichsetzung mit Israel zwingend mit Antisemitismus verbunden.

Dies veranschaulicht der Blick auf die mittlerweile inflationären „NS-Vergleiche“, die in der Regel aus der Verbindung des mit dem Bösen schlechthin identifizierten Nationalsozialismus mit dem jeweils Kritisierten dessen rigorose Abwertung verbinden.²² Wenn etwa Tierschutzorganisationen den Umgang mit Tieren mit dem Umgang mit Juden in Konzentrationslagern in Verbindung bringen, geht es ihnen um eine dramatisierende Wirkung bei der Erlangung von öffentlicher Aufmerksamkeit. Man kann solchen Akteuren sicherlich mangelnde historisch-politische Sensibilität unterstellen, nicht aber notwendigerweise eine primär beabsichtigten Relativierung oder Verharmlosung des Antisemitismus und Nationalsozialismus. So erklärt sich etwa auch, warum im öffentlichen Diskurs in Israel solche „NS-Vergleiche“ als Agitationsmittel von unterschied-

lichen Strömungen genutzt werden. Bei der Räumung von Häusern in den besetzten Gebieten trugen etwa protestierende Siedler „Judensterne“ und sahen in der Politik der israelischen Regierung einen ersten Schritt auf dem Weg nach „Auschwitz“.

Bei allen ethischen und sachlichen Einwänden gegen die erwähnten Gleichsetzungen können sie somit nur in bestimmten Fällen als antisemitisch gelten. Ein bedeutendes diesbezügliches Unterscheidungskriterium wäre in dem Ausmaß der Gleichsetzung zu sehen. Handelt es sich um eine allgemeine Identifikation, die den gesamten Staat Israel als eine neue Form des verbrecherischen Nationalsozialismus beschreibt, so stellt dies eine pauschale Dämonisierung des Judenstaates in Gestalt der formalen Dimension der erwähnten traditionellen antisemitischen Stereotype dar. Demgegenüber nehmen Gleichsetzungen bei der Einschätzung einzelner Handlungsweisen, etwa bei der Kritik an einem bestimmten militärischen Vorgehen gegen die Palästinenser, keine allgemeine Identifikation vor. Solche Auffassungen und Vergleiche sind aufgrund der Ignoranz des historisch-politischen Kontextes sachlich unangemessen und bewegen sich aus der wissenschaftlichen Perspektive auf niedrigstem Niveau. Gleichwohl müssen sie trotz allem damit verbundenen moralischen Zynismus nicht zwingend antisemitisch motiviert sein.²³

6. Schlussfolgerung und Zusammenfassung

Die vorstehenden Erörterungen zu einzelnen Kriterien, die immer wieder als Unterscheidungsmerkmale von antisemitischer und nicht-antisemitischer Israelkritik genannt werden, veranschaulichen deren

mangelnde Trennschärfe. Lediglich beim erstgenannten Aspekt, dem Aufgreifen traditioneller antisemitischer Stereotype in neuer Form lässt sich eine klare Zuordnung vornehmen. Aber auch hier muss analytisch ausgeholt werden, um den eigentlichen ideologischen Hintergrund einer Meinungsäußerung zu erfassen. Dabei zeigt sich häufig sehr deutlich, dass hinter bestimmten Aussagen zu israelischer Politik weder eine Kritik an Menschenrechtsverletzungen oder eine Solidarität mit Palästinensern als zentrales Motiv zu sehen ist. Vielmehr dienen in solchen Fällen derartige Verweise als Projektionsfläche, welche die eigentlichen antisemitischen Einstellungen verdecken soll. Dies gilt auch für die antizionistische Variante der Judenfeindschaft: Hier nutzt man die Delegitimation des Existenz- und Verteidigungsrechts des Staates Israel zur Rechtfertigung der Forderung nach Aufhebung einer gesicherten Zufluchtsstätte für die Juden.²⁴

Bei den anderen beiden Kriterien, Doppelstandards und Einseitigkeit der Kritik an Israel sowie den Gleichsetzungen mit dem Nationalsozialismus und der Vernichtungspolitik, verhält es sich etwas komplizierter. Beide Auffassungen sind inhaltlich nicht haltbar: Im ersten Fall ergibt sich dies bereits durch die tendenziöse und verzerrte Perspektive sowie die damit verbundene Unglaubwürdigkeit den selbst postulierten Werten gegenüber. Bei den „NS-Vergleichen“ stimmen die historisch-politischen Ebenen und Inhalte nicht überein, wodurch sich derartige Gleichsetzungen sachlich verbieten. Es handelt sich demnach um schiefe und verzerrte Auffassungen, die Ausdruck einer politisch motivierten Polemik, nicht aber einer differenzier-ten Erörterung sind. Gleichwohl müssen

derartige Einseitigkeiten und Gleichsetzungen nicht notwendigerweise auch antisemitisch begründet sein: Jede antisemitische Aussage weist monokausale und stereotype Deutungen auf, aber nicht jede monokausale und stereotype Aussage muss deswegen auch antisemitisch sein. Hier gilt es, analytisch weiter nach den Motiven für Einseitigkeiten und Gleichsetzungen zu fragen.

Dabei sollten formale Gemeinsamkeiten bei unterschiedlichen Formen der Israelkritik nicht im inhaltlichen Sinne gleichgesetzt werden: Dualistische Bilder und parteiische Schuldzuschreibungen, eindimensionale Erklärungen und verzerrte Wahrnehmungen prägen allgemein die antisemitische wie mitunter die nicht-antisemitische Variante. Die Letztere dürfte damit auch anschlussfähiger für eine judenfeindliche Ausrichtung als eine ausgewogenere und differenziertere Israelkritik sein. Gleichwohl kann nach dem Konstatieren solcher struktureller Gemeinsamkeiten nicht pauschal eine Gleichsetzung im Sinne einer Zuordnung zum Antisemitismus vorgenommen werden.²⁵ Dabei würde man die eigentlichen Beweggründe hinter möglicherweise inhaltlich ähnlicher und formal identischer Israelkritik ignorieren. Gerade sie gilt es aber im Sinne einer beabsichtigten Unterscheidung der antisemitischen und nicht-antisemitischen Variante zu berücksichtigen. Ansonsten würde man damit verbundene Vorwürfe in einem sachlich nicht vertretbaren Sinne zur Herabwürdigung bestimmter Auffassungen politisch instrumentalisieren.²⁶

Dem gegenüber bedarf es größerer Genauigkeit und Sensibilität bei der Auseinandersetzung mit und Einschätzung von nicht-antisemitischer Israelkritik. Diese sollte bei einer öffentlichen Artikulation

allerdings auch den gesellschaftlichen Kontext nicht ignorieren: erstens bezüglich der möglichen Rezeption solcher Meinungsäußerungen als Bestärkung antisemitischer Vorurteile, zweitens angesichts des im öffentlichen Bewusstsein in Europa offensichtlich angestiegenen Potentials von Antisemitismus und der wachsenden Resentiments gegen den Staat Israel und drittens hinsichtlich dessen realer Bedrohungslage und legitimen Sicherheitsinteressen. Israelkritik, die sich weder dem Vorwurf des Antisemitismus aussetzen will noch ihn indirekt bestärken möchte, wäre so zu formulieren, dass sie kein pauschales und verzerrtes Negativbild des Staates zeichnet und die Gefahren aus und die Zustände in den arabischen Staaten nicht außerhalb der Betrachtung lässt. Aus einer solchen Perspektive heraus formulierte Kritik dürfte auch in Israel selbst auf weit aus größere Bereitschaft zur inhaltlichen Auseinandersetzung stoßen.

Anmerkungen:

¹ Vgl. Doron Rabinovici/Ulrich Speck/Natan Sznajder (Hrsg.), *Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte*, Frankfurt/M. 2004. Weitere Darstellungen zum Thema sind u.a. Phillis Chesler, *Der neue Antisemitismus. Die globale Krise seit dem 11. September*, Hamburg-Berlin 2004; Philipp Gessler, *Der neue Antisemitismus. Hinter den Kulissen der Normalität*, Freiburg 2004; Klaus Holz, *Die Gegenwart des Antisemitismus. Islamistische, demokratische und antizionistische Judenfeindschaft*, Hamburg 2005; Hans Rauscher, *Israel, Europa und der neue Antisemitismus. Ein aktuelles Handbuch*, Wien 2004; Moshe Zuckermann (Hrsg.), *Antisemitismus, Antizionismus, Israelkritik* (Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte XXXIII), Göttingen 2005.

² Diese Auffassung wird in der angesprochenen Debatte nicht von dem Antisemitismus eventuell verdächtigen Personen, sondern von den Antisemitismus eindeutig ablehnenden Wissenschaftlern vertreten, vgl. u.a. Judith Butler, *Der Antisemitismus-Vorwurf. Juden, Israel und die Risiken öffentlicher Kri-*

tik, in: Rabinovici/Speck/Sznajder, *Neuer Antisemitismus?* (Anm. 1), S. 60-92; Tony Judt, *Zur Unterscheidung zwischen Antisemitismus und Antizionismus*, in: ebenda, S. 44-51; Anthony Lerman, *Antisemitismus in Europa*, in: ebenda, S. 101-118.

³ Vgl. Wolfgang Benz, *Wie viel Israelkritik ist erlaubt?*, in: Wolfgang Benz, *Was ist Antisemitismus?*, München 2004, S. 200-208; Gessler, *Der neue Antisemitismus* (Anm. 1), S. 14f.; Aribert Heyder/Julia Iser/Peter Schmidt, *Israelkritik oder Antisemitismus? Meinungsbildung zwischen Öffentlichkeit, Medien und Tabus*, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände. Folge 3*, Frankfurt/M. 2004, S. 144-165, hier S. 146f.; Andrei S. Markovits, *Amerika, dich hasst sich's besser. Antiamerikanismus und Antisemitismus in Europa*, Hamburg 2004, S. 197f.; Wolfgang Neugebauer, *Israelkritik – Antisemitismus: Versuch einer Abgrenzung*, in: *Zukunft*, Nr. 11 vom November 2003, S. 12-17.

⁴ Vgl. Armin Pfahl-Traughber, *Antisemitismus in der deutschen Geschichte*, Berlin 2002, S. 9. Vgl. als neuere Definition in diesem Sinne auch: Brian Klug, *The collective Jew: Israel and the new antisemitism*, in: Christina von Braun/Eva-Maria Ziege (Hrsg.), *„Das ‚bewegliche‘ Vorurteil“. Aspekte des internationalen Antisemitismus*, Würzburg 2004, S. 221-239, hier S. 224-227.

⁵ Benz, *Wie viel Israelkritik ist erlaubt?* (Anm. 3), S. 202; Heyder/Iser/Schmidt, *Israelkritik oder Antisemitismus?* (Anm. 3), S. 147; Markovits, *Amerika, dich hasst sich's besser* (Anm. 3), S. 198; Neugebauer, *Israelkritik – Antisemitismus* (Anm. 3), S. 17.

⁶ Vgl. Benz, *Wie viel Israelkritik ist erlaubt?* (Anm. 3), S. 204-207; Georg Kreis, *Israelkritik und Antisemitismus – Versuch einer Reflexion jenseits von Religion und Nationalität*, in: Zuckermann (Hrsg.), *Antisemitismus, Antizionismus, Israelkritik* (Anm. 1), S. 17-32, hier S. 19; Neugebauer, *Israelkritik – Antisemitismus* (Anm. 3), S. 17.

⁷ Vgl. Rauscher, *Israel, Europa und der neue Antisemitismus* (Anm. 1), S. 39-44.

⁸ Sie lassen sich nicht nur bei arabischstämmigen Jugendlichen ausmachen, vgl. Werner Bergmann/Juliane Wetzel, *Manifestations of Anti-Semitism in the European Union. First Semester Report 2002. Synthesis Report*, Wien 2003. In einigen Fällen gingen auch gewaltbereite Linksextremisten so vor, vgl. z. B. die Fallstudie Wolfgang Kraushaar, *Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus*, Hamburg 2005.

⁹ Gessler, Der neue Antisemitismus (Anm. 1), S. 15; Heyder/Iser/Schmidt, Israelkritik oder Antisemitismus? (Anm. 3), S. 146; Neugebauer, Israelkritik – Antisemitismus (Anm. 3), S. 17.

¹⁰ Vgl. Armin Pfahl-Traugber, „Anti-amerikanismus“, „Antiwestertum“ und „Antizionismus“ – Definitionen und Konturen dreier Feindbilder im politischen Extremismus, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Feindbilder und Radikalisierungsprozesse. Elemente und Instrumente im politischen Extremismus, Berlin 2005, S. 23-41, hier S. 33-38.

¹¹ Vgl. Alex Bein, Die Judenfrage. Biographie eines Weltproblems, Stuttgart 1980, Bd. 1, S. 273-302; Walter Laqueur, Der Weg zum Staat Israel. Geschichte des Zionismus, Wien 1972; Hermann Meier-Cronmeyer, Zionismus. Von den Anfängen bis zum Staat Israel, Frankfurt/M. 1989.

¹² Martin W. Kloke, Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses, 2. Auflage, Frankfurt/M. 1994, S. 19.

¹³ Vgl. Thomas Haury, Der Antizionismus der Neuen Linken in der BRD. Sekundärer Antisemitismus nach Auschwitz, in: Arbeitskreis Kritik des deutschen Antisemitismus (Hrsg.), Antisemitismus – die deutsche Normalität. Geschichte und Wirkungsweisen des Vernichtungswahns, Freiburg 2001, S. 217-229; Thomas Haury, Der neue Antisemitismusstreit der deutschen Linken, in: Rabinovici/Speck/Snaider (Hrsg.), Neuer Antisemitismus? (Anm. 13), S. 143-167; Kloke, Israel und die deutsche Linke (Anm. 12); Martin Kloke, Antizionismus und Antisemitismus als Weltanschauung? Tendenzen im deutschen Linksradikalismus und -extremismus, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme, Berlin 2004, S. 163-196.

¹⁴ Diese Auffassung vertreten: Henryk M. Broder, Der ewige Antisemit. Über Sinn und Funktion eines beständigen Gefühls (Neuausgabe), Berlin 2005, S. 66f.; Lothar Mertens, Antizionismus: Feindschaft gegen Israel als neue Form des Antisemitismus, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Antisemitismus in Deutschland. Zur Aktualität eines Vorurteils, München 1995, S. 89-100, hier S. 89.

¹⁵ Diese Auffassung kritisieren: Tony Judt, Zur Unterscheidung zwischen Antisemitismus und Antizionismus (Anm. 2), Brian Klug, No, Anti-Zionism is not Anti-Semitism, in: The Guardian vom 3. Dezember 2003.

¹⁶ Vgl. Benz, Wie viel Israelkritik ist erlaubt? (Anm. 3), S. 208; Holz, Die Gegenwart des Antisemitismus (Anm. 1), S. 79-99; Rauscher, Israel, Europa und der neue Antisemitismus (Anm. 1), S. 99-101.

¹⁷ Gessler, Der neue Antisemitismus (Anm. 1), S. 15; Markovits, Amerika, dich hasst sich's besser (Anm. 3), S. 197; Neugebauer, Israelkritik – Antisemitismus (Anm. 3), S. 17.

¹⁸ Vgl. Kreis, Israelkritik und Antisemitismus (Anm. 6), S. 25-27.

¹⁹ Vgl. Moshe Zimmermann, Täter-Opfer-Dichotomie als Identitätsformen, in: Konrad H. Jarausch/Martin Sabrow (Hrsg.), Verletztes Gedächtnis. Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt, Frankfurt/M. 2002, S. 199-226.

²⁰ Dies gilt etwa für den akademischen Bereich in Großbritannien und den USA, vgl. Chesler, Der neue Antisemitismus (Anm. 1), 120-162.

²¹ Heyden/Iser/Schmidt, Israelkritik oder Antisemitismus? (Anm. 3), S. 146f.; Markovits, Amerika, dich hasst sich's besser (Anm. 3), S. 198 und 200f.

²² An einer wissenschaftlichen Analyse derartiger „NS-Vergleiche“ mangelt es noch.

²³ Vgl. Kreis, Israelkritik und Antisemitismus (Anm. 6), S. 24.

²⁴ Dieses Vorgehen mündet notwendigerweise in einem geringeren Rechtsstatus aller Juden bzw. Israelis, unabhängig von einer bewussten oder unbewussten Einstellung des jeweiligen Protagonisten dieser Auffassung.

²⁵ Dieser methodische Fehler findet sich bei manchen Ausführungen in: Tobias Jaecker, Antisemitische Verschwörungstheorien nach dem 11. September. Neue Varianten eines alten Deutungsmusters, Münster 2005.

²⁶ Vgl. Moshe Zuckermann, Editorial, in: Zuckermann (Hrsg.), Antisemitismus – Antizionismus – Israelkritik (Anm. 1), S. 9-13.